

Aussicht auf Stabilisierung der deutschen Wirtschaft

Deutsche Wirtschaft seit Herbst 2022 im Abschwung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Herbst vergangenen Jahres im Abschwung und die Stimmung ist momentan insgesamt recht pessimistisch; vielfach wird ein Anhalten der Schwächephase erwartet. Zweifelsohne haben sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen dreieinhalb Jahren seit Ausbruch der Coronakrise und nochmals seit Beginn des Ukrainekriegs im Februar 2022 erheblich verschlechtert. Im Vergleich zum Spätsommer 2022 haben sie sich teilweise jedoch wieder verbessert, insbesondere sind die Energiepreise nach zuvor außerordentlich starkem Anstieg seitdem wieder merklich gesunken, die Inflation geht zurück und die Lieferkettenprobleme haben sich weitgehend aufgelöst. Nennenswerte „Bremse“ ist aktuell noch die restriktive Geldpolitik, doch mit Nachlassen des Inflationsdrucks – und auf den vorgelagerten Stufen sinken die Preise bereits seit einiger Zeit – dürfte sich auch der Zinserhöhungszyklus dem Ende nähern.

Auch war die rezessive Entwicklung seit Herbst 2022 nach der aktuellen Datenlage nicht so ausgeprägt, wie vielfach angesichts der damals problematischen Rahmenbedingungen – Stichworte: Energiekrise und hohe Inflation – befürchtet. Die Unsicherheit der jüngeren Vergangenheit spiegelt sich allerdings auch in den offiziellen Daten des Statistischen Bundesamts wider, die einer erhöhten Revisionsanfälligkeit unterlagen. Gemäß den aktuell geltenden Daten wäre das reale Bruttoinlandsprodukt nach moderatem Rückgang im Schlussquartal 2022 (-0,4 Prozent gegenüber Vorquartal) im ersten Quartal dieses Jahres kaum mehr gesunken (-0,1 Prozent) und hätte im vergangenen, zweiten Quartal stagniert (0 Prozent). Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt demnach seit letztem Herbst lediglich um $\frac{1}{2}$ Prozent gesunken – ein relativ milder Abschwung. Demnach hätte sich die deutsche Wirtschaft sogar als relativ resilient gegenüber diesen Problemen erwiesen. Dass es nicht zu der befürchteten, tieferen Rezession kam, lag daran, dass dank verschiedener staatlicher Maßnahmen und eines milden Winterverlaufs Energieengpässe vermieden werden konnten sowie auch am raschen, deutlichen Rückgang der Energiepreise auf den Weltmärkten seit Ende 2022.

Restriktive Geldpolitik bremst vorläufig noch

Momentan bremst vor allem die restriktive Geldpolitik der wichtigsten Zentralbanken noch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen seit Mitte 2022 neunmal, um insgesamt 4 ¼ Prozentpunkte, erhöht. Das belastet vor allem die Bauwirtschaft, aber schränkt auch die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte ein. Baugenehmigungen und -aufträge sind in der ersten Hälfte dieses Jahres um mehr als 25 Prozent bzw. um fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die nachlassende Inflation auf der einen Seite, nun stärker steigende Löhne und die Inflationsausgleichsprämie auf der anderen Seite – die Reallöhne sind bereits im zweiten Quartal, wenn auch nur minimal, gestiegen –, stabilisieren allerdings bereits die Kaufkraft der Konsumenten. Der private Konsum ist schon im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal nicht mehr gesunken, liegt allerdings immer noch unter Vorjahresniveau. Der Staat stützt zwar durch Unterstützungszahlungen, wie die Energiepreisbremsen, teils die privaten Haushalte, teils die Unternehmen. Vom staatlichen Konsum selbst kommen nach dem kräftigen Anstieg in den Vorjahren allerdings keine Impulse mehr. Auch die Investitionsneigung der Unternehmen ist momentan relativ schwach; verschlechterte Finanzierungsbedingungen, im internationalen Vergleich hohe Energiepreise und andere nachteilige Standortbedingungen führen zu Investitionsrückhaltung und Standortüberlegungen. Einzelne angekündigte Großinvestitionen, wie im Halbleiterbereich, sind zu einem großen Teil durch Subventionen angeschoben. Im Dienstleistungssektor schwächeln im Moment insbesondere jene Bereiche, die im Rahmen des Aufholprozesses nach der Coronakrise für Schub gesorgt hatten. Und auch von der Auslandsnachfrage kommen bei ebenfalls flauer Weltwirtschaft kaum Impulse. Alles in allem ist so im laufenden, dritten Quartal dieses Jahres für das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer ähnlich schwachen Entwicklung wie im zweiten Quartal zu rechnen.

Gegensätzliche Inflationseinflüsse

Die Inflationsrate hat seit Jahresbeginn sinkende Tendenz und die vormaligen Haupttreiber der Inflation – Energie- und auch Nahrungsmittelpreise – stützen diesen Trend. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich von November 2022 damals 8,8 Prozent bis August auf 6,1 Prozent verringert, und dabei wirkten im August auch noch erhöhende Basiseffekte aus dem Vorjahr nach. Schon in den nächsten Monaten sollte die Inflationsrate weiter in Richtung 4 Prozent sinken. Denn noch ausgeprägter sind die Tendenzen auf den vorgelagerten Stufen. Die gewerblichen Erzeugerpreise sinken bereits seit

Herbst 2022 wieder und liegen inzwischen deutlich unter Vorjahresniveau. Gleiches gilt für die Einfuhrpreise. Die Lebensmittelpreise haben, obwohl noch 9 Prozent über Vorjahresniveau, seit März ebenfalls rückläufigen Trend. Dieser dürfte demnächst auch in den Vorjahresraten noch deutlicher zum Ausdruck kommen, denn die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sinken bereits seit Herbst 2022 und liegen seit Monaten unter Vorjahresniveau.

Auf der anderen Seite stehen nun Kostensteigerungen infolge höherer Lohnabschlüsse an, da versucht wird, die in der jüngeren Vergangenheit eingetretenen Reallohnverluste wieder auszugleichen. Die jüngsten Tarifabschlüsse gleichen diese Reallohnverluste durch die prozentualen Anhebungen zwar zumeist nicht in Gänze aus, werden allerdings häufig durch eine – steuerfreie – Inflationsausgleichsprämie ergänzt, und vielfach werden auch die unteren Lohngruppen, sei es bei den Basistarifen sowie durch Anhebungen bei den Mindestlöhnen oder Minijobs, deutlich angehoben. Alles in allem ergibt sich daraus für etwa die nächsten eineinhalb Jahre ein verstärkter Arbeitskostenanstieg, der den Disinflationsprozess bremst.

Der Arbeitsmarkt zeigt gemessen an der seit Herbst andauernden konjunkturellen Schwäche zwar noch ein relativ robustes Bild, doch hängen die Daten hierzu unterschiedlich weit zurück, und je aktueller sie sind, umso mehr spiegelt sich in ihnen die schwache Wirtschaftsentwicklung wider. So sind die – bis August reichenden – Arbeitslosenzahlen auch unter Herausrechnen geflüchteter, arbeitsloser Ukrainer bereits seit einigen Monaten angestiegen. Die Zunahme der – bis Juli reichenden – Zahl der Beschäftigten scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Die Nachfrage seitens der Unternehmen nach Arbeitskräften geht zurück.

Privater Konsum stabilisiert zunehmend die deutsche Konjunktur

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben zunächst noch schwierig. Zum einen wird die Wirtschaftsentwicklung gegenwärtig durch die restriktive Geldpolitik gebremst. Die Diskussionen um zumindest eine Zinspause nehmen zu, doch noch sind den Währungshütern die Inflationsdaten und -risiken offensichtlich zu hoch; die unklaren Zinsperspektiven hier wie auch in den USA sorgen für Unsicherheit. Eine Besserung der Finanzierungsbedingungen für die Bauwirtschaft oder die Unternehmensinvestitionen ist so in diesem Jahr nicht in Sicht. Zudem dämpft die labile Weltwirtschaft die allgemeine Stimmung, insbesondere die Exporterwartungen. Bei den Unternehmen werden die Investitionen zudem durch die schlechte Stimmungslage hinsichtlich Investitionsbedingungen – nicht zuletzt im internationalen Vergleich hohe Energiekosten – und wirtschaftlicher Perspektiven beeinträchtigt.

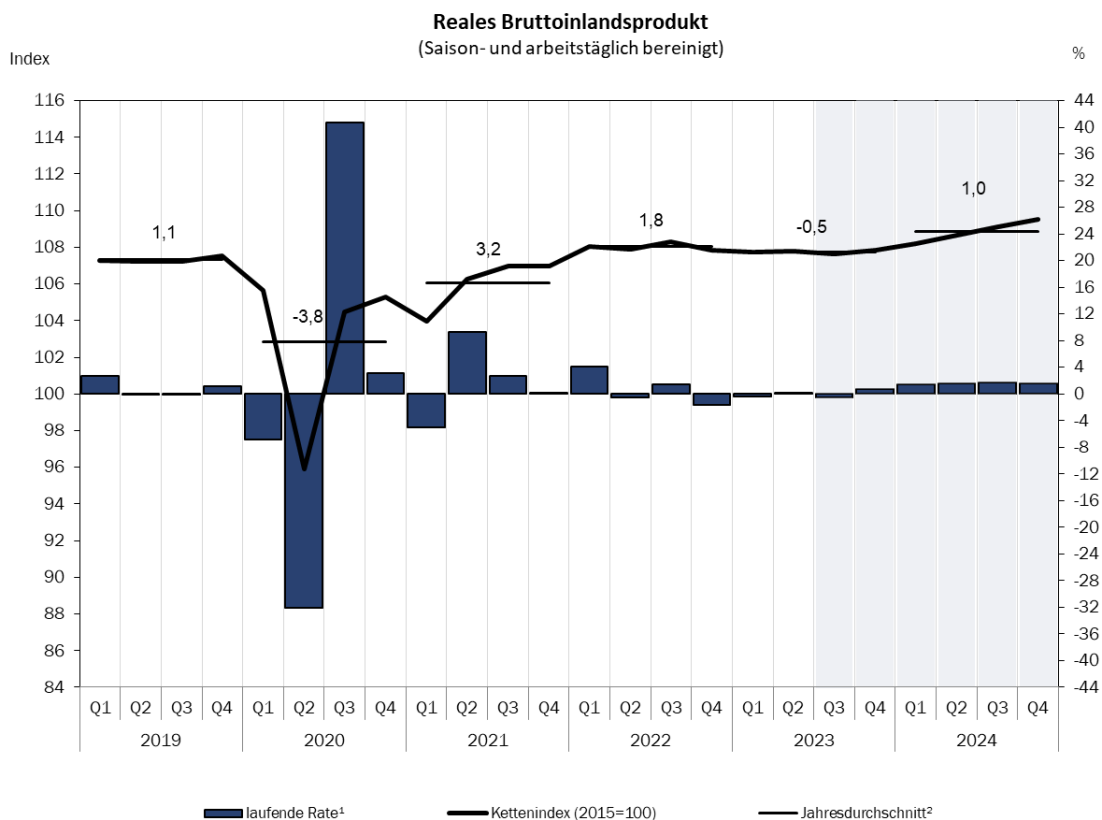
Wenn die deutsche Wirtschaft von einer anhaltend rezessiven Entwicklung verschont bleibt, dann weil nunmehr der private Konsum zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung stützen dürfte. Die deutlichen Lohnsteigerungen und auch die Rentenerhöhungen zur Jahresmitte kompensieren mehr und mehr die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der privaten Haushalte; dieser Trend sollte sich bei nachlassender Inflation in den letzten Monaten dieses Jahres und darüber hinaus noch verstetigen. Der private Konsum hat immerhin einen Anteil von etwas mehr als 50 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Teile der Industrie, namentlich der sonstige Fahrzeugbau, profitieren zudem von Großaufträgen aus dem In- und Ausland; hier handelt es sich vor allem um Rüstungsgüter. Alles in allem wird das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal dieses Jahres aber allenfalls gering zunehmen.

Eckdaten für Deutschland (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)					
	2020	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt ¹	-3,8	3,2	1,8	-0,5	1,0
Private Konsumausgaben	-6,0	1,5	3,9	-0,5	1,3
Konsumausgaben des Staates	4,1	3,1	1,6	-2,4	0,3
Anlageinvestitionen	-2,4	-0,2	0,1	0,2	1,0
Ausrüstungen	-11,1	2,8	4,0	2,9	3,0
Bauten	3,9	-2,6	-1,8	-0,7	-2,0
Sonstige Anlagen	-4,0	2,1	-0,7	-2,2	4,6
Inlandsnachfrage	-3,1	2,5	3,2	-0,9	1,2
Ausfuhr	-9,2	9,7	3,3	-0,3	3,8
Einfuhr	-8,3	8,9	6,6	-1,2	4,5
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige (Inland)	-0,8	0,2	1,4	0,6	0,1
Arbeitslose (Mill. Pers.)	2,70	2,61	2,42	2,59	2,52
Arbeitslosenquote ² (in %)	5,7	5,5	5,1	5,3	5,2
Verbraucherpreise	0,5	3,1	6,9	6,0	2,8
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-4,3	-3,6	-2,5	-2,2	-0,9
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	7,1	7,7	4,2	5,7	5,7
<small>1 Preisbereinigt. 2 Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). 3 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2023 und 2024 Prognosen des HWWI.</small>					

Deutsche Wirtschaft 2023 insgesamt im Minus

Im Gesamtjahr 2023 wird der private Konsum, auch wenn er sich im weiteren Jahresverlauf erholt, wegen des gedrückten Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn insgesamt niedriger sein als 2022. Die staatlichen Konsumausgaben werden nach der starken Zunahme in den zurückliegenden Krisenjahren nunmehr ebenfalls real unter Vorjahresniveau bleiben. Bei den Investitionen ist die Lage differenziert. Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz erschwerter

Finanzierungsbedingungen leicht ausgeweitet, um den unterschiedlichen Anpassungsbedarfen Rechnung zu tragen. Dagegen werden die Bauinvestitionen, insbesondere im Wohnungsbau, in diesem Jahr aufgrund der hohen Baukosten und weiter gestiegener Zinsen wie schon in den Vorjahren sinken. Der Außenbeitrag wird in diesem Jahr lediglich deshalb einen positiven Wachstumsbeitrag leisten, weil die Importe angesichts der schwachen Binnenkonjunktur stärker zurückgehen als die Exporte. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird im Gesamtjahr 2023 mit $-1/2$ Prozent negativ sein. Die Beschäftigungsdynamik dürfte im weiteren Verlauf dieses Jahres weiter nachlassen, die Zahl der Erwerbstätigen leicht sinken und die Arbeitslosenzahlen entsprechend zunehmen.



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.

2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2023 Prognose des HWWI.

Moderate Erholung in 2024 erwartet

Für das kommende Jahr wird erwartet, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahresverlauf nach und nach verbessern. Schon Anfang 2024 dürften die Inflationsraten für die Verbraucherpreise in Deutschland auf 3 Prozent sinken und bald auch darunter. Eine ähnliche Entwicklung ist für die Eurozone absehbar, sodass die EZB dann ihren Restriktionskurs

beenden dürfte. Auch sollte in den USA der Zinserhöhungszyklus zu Ende gehen. Möglicherweise wird die EZB im weiteren Verlauf von 2024, wenn auch der Lohndruck nachlässt, die Leitzinsen wieder zu senken beginnen. Damit laufen die dämpfenden Impulse von dieser Seite aus. Die Einkommen werden wieder schneller als die Preise zunehmen, das heißt die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird sich merklich erhöhen. Der private Konsum dürfte im nächsten Jahr zur wichtigsten konjunkturellen Stütze werden. Aber auch für die Bauwirtschaft und Unternehmen würden sich die Finanzierungsbedingungen allmählich verbessern. Der Rückgang der Bautätigkeit würde dann, zumal auch die Baupreise deutlich langsamer zunehmen dürften, allmählich auslaufen. Unternehmensinvestitionen würden erleichtert; zudem wurde gerade von der Regierung ab 2024 ein Paket zur Förderung von Investitionen beschlossen. Vorausgesetzt die geopolitische Lage verschärft sich nicht, sollte sich im nächsten Jahr auch die Weltwirtschaft erholen, so dass auch seitens der Auslandsnachfrage stärkere Impulse kommen. Die deutsche Wirtschaft wird sich dann im Jahr 2024 zunehmend erholen. Auch wenn die Dynamik noch nicht allzu hoch sein dürfte, wäre im Jahresdurchschnitt 2024 ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent möglich.

Die Preistendenzen auf den Vorstufen sprechen für einen weiteren Rückgang der Anstiegsrate der Verbraucherpreise auch im kommenden Jahr. Eine Prämisse hierfür ist, dass keine neuen externen Inflationsanstöße eintreten. Weitere Prämisse ist, dass die Lohnsteigerungen, die aktuell wegen der vorangegangenen Realeinbußen relativ hoch sind und einen noch schnelleren Rückgang der Inflationsrate bremsen, mit nachlassendem Inflationsdruck daran angepasst werden. Auch dann würden die Reallöhne im nächsten Jahr wieder steigen. Bis Ende 2024 könnte die Anstiegsrate der Verbraucherpreise unter diesen Bedingungen auf etwa 2 ½ Prozent zurückgehen. Damit würde sie aber noch nicht ganz die Stabilitätsmarke von 2 Prozent wieder erreichen.

Risiken für diese Prognose

Die geopolitisch angespannte Lage und der schwer vorhersehbare Kurs der wichtigsten Notenbanken bergen erhebliche Risiken für diese Prognose. Geopolitische Anspannungen bergen stets die Gefahr von Handelseinschränkungen, seien es die Unterbrechung globaler Lieferketten oder der Zugang zu wichtigen Rohstoffen und Absatzmärkten, und externer Inflationsanstöße. Die europäische und auch die amerikanische Zentralbank lassen trotz Fortschritten bei der Inflationsbekämpfung und konjunktureller Probleme ihren weiteren geldpolitischen Kurs offen. Der Restriktionskurs der EZB zeigt bereits deutliche Bremsspuren. Eine Zinspause, die – in der aktuell schwierigen

konjunkturellen Phase – die nächsten Fortschritte bei der Inflationsentwicklung abwartet, könnte einem Übersteuern der Geldpolitik vorbeugen. Ähnliches gilt für die amerikanische Zentralbank. Und in China ist der Immobilienmarkt wieder mal in Problemen. Das alles sorgt für Unwägbarkeiten an den internationalen Finanzmärkten. Chancen für eine günstigere Entwicklung ergäben sich, wenn hierzulande eine Politik zur Verbesserung der Wachstums- und Standortbedingungen rasch umgesetzt würde.

Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf

Vor dem Hintergrund der derzeit schwachen deutschen Konjunktur wird intensiv diskutiert, ob und gegebenenfalls mit welchen wirtschaftspolitischen Eingriffen die Politik reagieren sollte. Kurzfristige, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützende Maßnahmen sind derzeit nicht sinnvoll. Sie würden die Geldpolitik der EZB konterkarieren, die bewusst auf eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abzielt und so die immer noch hohe Inflation zu bekämpfen sucht. Die anhaltende Krisensituation befeuert zudem die Debatte um eine angemessene Industriepolitik. So stellt sich zunächst die Frage, ob es wünschenswert und sinnvoll ist, die Ansiedlung von Unternehmen durch massive Subventionen zu fördern, so wie es jüngst in Magdeburg (Intel) und Dresden (TSMC) entschieden wurde. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des stark rückläufigen Potenzials an zur Verfügung stehenden Arbeitskräften ist eine solche Politik mit der Schaffung von Arbeitsplätzen allein nicht rechtfertigbar. Ganz im Gegenteil steht zu befürchten, dass die neu zu besetzenden Arbeitsstellen mit Arbeitnehmern von bereits in der Region ansässigen Firmen besetzt werden, die ihrerseits keine subventionierten Löhne anbieten können und das Nachsehen haben könnten. Auch mit einer Erhöhung der Versorgungssicherheit lässt sich hier nur schwer argumentieren, da die Chipproduktion stark von der Zulieferung von in Deutschland nicht erhältlichen Rohstoffen abhängt. Generell hat zudem eine Reihe von Studien gezeigt, dass das Reshoring von Produktion ins Inland mit erheblichen Wohlfahrtsverlusten einhergeht. Positive Technologieschocks sind schließlich ebenfalls nur in begrenztem Umfang von den Ansiedlungen zu erwarten, da die Chipproduktion an sich keine neue Technologie darstellt und auch bereits zuvor in Deutschland vorhanden war.

Derzeit wird zudem intensiv über einen verbilligten Industriestrompreis diskutiert, der verhindern soll, dass energieintensiv produzierende Unternehmen aus Deutschland abwandern. Bereits derzeit erhalten stromintensive Unternehmen knapp 3 Mrd. Euro an Beihilfen, mit denen der Nachteil der deutschen Unternehmen aus der CO₂-Bepreisung ausgeglichen werden soll. Hier könnte man noch argumentieren, dass die politisch beeinflussten Preise



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

ja ebenfalls den Wettbewerb verzerren, sodass die diesbezüglichen Subventionen eine politisch motivierte Verzerrung der Preise bereinigt. Eine noch hierüber hinaus gehende Subventionierung erscheint allerdings kaum rechtfertigbar, zumal sie in ihrer derzeit diskutierten Form vor allem Großunternehmen begünstigen würde. Es kann nicht die Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, unternehmerische Risiken einzelner Branchen über Subventionen zu Lasten anderer zu lösen. Für die Zukunft wäre eher eine Industriepolitik wünschenswert, die die generellen Arbeitsbedingungen der Wirtschaft verbessert statt einzelne Unternehmen oder Branchen auf Kosten anderer zu bevorzugen und dies aus Steuermitteln zu finanzieren. Diese Mittel würden besser zur Erneuerung der teils maroden Infrastruktur eingesetzt. Anders als mit temporären Subventionen könnten die Standortbedingungen durch solche Investitionen nachhaltig verbessert werden, was allen Unternehmen hilft.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann
Tel.: 040 340576-668
E-Mail: berlemann@hwwi.org

Jörg Hinze
E-Mail: hinze@hwwi.org

Pressekontakt:

Elzbieta Hagemann
Tel.: 040 340576-100
E-Mail: presse@hwwi.org

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist eine unabhängige wirtschaftswissenschaftliche Forschungseinrichtung, die Grundlagen- und angewandte Forschung betreibt. Das Institut analysiert ökonomische Entwicklungen und forscht zu zukunftsorientierten Lösungsansätzen. Es versteht sich als wissenschaftlicher Impulsgeber für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Universitärer wissenschaftlicher Partner des HWWI ist die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. www.hwwi.org